

Synopsis

Einleitung

Unser Mandat, die soziale Dimension der Globalisierung, ist weitreichend und komplex. Als Kommission waren wir weitgehend repräsentativ für die sehr unterschiedlichen miteinander im Wettstreit stehenden Akteure und Interessen, die in der realen Welt vorhanden sind. Unter dem gemeinsamen Vorsitz zweier amtierender Staatschefs, einer Frau und eines Mannes aus dem Norden und dem Süden, kamen wir aus Ländern unterschiedlicher Entwicklungsstufen aus allen Teilen der Welt. Auch unser Zugehörigkeitsspektrum war breitgefächert: Regierungen, Politik, Parlamente, Wirtschaft und multinationale Unternehmen, Gewerkschaften, akademische Kreise und Zivilgesellschaft.

Dennoch führte unser gemeinsames Anliegen zur Entwicklung eines gemeinsamen Grundverständnisses, das wir hier vorstellen. Als ein Gemeinschaftswerk unterscheidet sich der Text deutlich von Berichten, die jeder von uns allein verfasst hätte. Unsere Erfahrung hat jedoch gezeigt, wie wertvoll und wichtig der Dialog als Instrument des Wandels ist. Dank der geduldigen respektvollen Anhörung unterschiedlicher Auffassungen und Interessen haben wir uns auf eine gemeinsame Grundlage verständigt.

Angespornt wurden wir durch die Erkenntnis, dass Maßnahmen zur Gestaltung eines fairen und auf soziale Inklusion ausgerichteten Globalisierungsprozesses dringend erforderlich sind. Voraussetzung hierfür ist, dass sich möglichst viele Akteure einigen auf den Weg, der einzuschlagen ist. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Erfahrungen in größerem Maßstab repliziert werden könnten und sollten, um so mehr Raum für einen Dialog zu schaffen, durch den ein Konsens über den Handlungsbedarf erzielt werden kann.

Eine Vision, wie Wandel möglich ist

Die öffentliche Diskussion über die Globalisierung ist in eine Sackgasse geraten. Die öffentliche Meinung ist in den ideologischen Gewißheiten festgefahrener Standpunkte erstarrt und in vielfältige Einzelinteressen zersplittert. Der Wille zu einem Konsens ist schwach. Entscheidende Verhandlungen auf internationaler Ebene sind an einem toten Punkt angelangt, und internationale Entwicklungsverpflichtungen bleiben weitgehend unerfüllt.

Der vorliegende Bericht enthält keine Patentrezepte oder einfachen Lösungen, denn die gibt es nicht. Er stellt jedoch den Versuch dar, den gegenwärtigen Stillstand aufzubrechen, indem er auf die Sorgen und Wünsche der Menschen eingeht und Wege für eine bessere Nutzung des Potentials der Globalisierung aufzeigt.

Wir vertreten ein kritisches, aber positives Konzept zur Korrektur des derzeitigen Globalisierungspfades. Wir sind davon überzeugt, dass die Gewinne der Globalisierung mehr Menschen zugute kommen und besser zwischen und innerhalb von Ländern verteilt werden können, während gleichzeitig die Mitsprache über die Richtung der Globalisierung erweitert wird. Mittel und Instrumente hierfür stehen zur Verfügung. Unsere Vorschläge sind ehrgeizig, aber realistisch. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine bessere Welt möglich ist.

Wir bemühen uns um einen Globalisierungsprozess mit einer starken sozialen Dimension, auf der Grundlage gemeinsamer universeller Werte und der Achtung der Menschenrechte und der Würde des einzelnen; eine Globalisierung, die fair, auf soziale Inklusion ausgerichtet und demokratisch gelenkt wird und die allen Ländern und allen Menschen Chancen und greifbare Vorteile bietet.

Daher fordern wir:

- *Eine Fokussierung auf den Menschen.* Der Grundstein einer faireren Globalisierung ist die Erfüllung der Forderungen aller Menschen nach der Achtung ihrer Rechte, ihrer kulturellen Identität und Autonomie, menschenwürdiger Arbeit und der Befähigung zur Selbstbestimmung der örtlichen Gemeinschaften, in denen sie leben. Eine wesentliche Bedeutung kommt der Gleichstellung der Geschlechter zu.
- *Einen demokratischen und leistungsfähigen Staat.* Der Staat muss in der Lage sein, die Integration in die Weltwirtschaft zu gestalten, er muss soziale und wirtschaftliche Chancen und Sicherheit bieten.
- *Eine nachhaltige Entwicklung.* Die Bemühungen um eine faire Globalisierung müssen auf den sich wechselseitig bedingenden und verstärkenden Pfeilern der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und des Umweltschutzes auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene beruhen.
- *Produktive und gerechte Märkte.* Dies setzt leistungsfähige Institutionen zur Förderung von Chancen und unternehmerischem Denken in einer funktionsfähigen Marktwirtschaft voraus.
- *Faire Regeln.* Die Regeln der Weltwirtschaft müssen allen Ländern Chancengleichheit und Zugangsmöglichkeiten bieten und die Diversität der nationalen Fähigkeiten und Entwicklungsbedürfnisse anerkennen.
- *Eine Globalisierung in Verbindung mit Solidarität.* Es gibt eine gemeinsame Verantwortung für die Unterstützung von Ländern und Menschen, die von der Globalisierung ausgeschlossen sind bzw. durch sie benachteiligt werden. Die Globalisierung muss zur Beseitigung von Ungleichheiten innerhalb von Ländern wie zwischen ihnen und zur Beseitigung von Armut beitragen.
- *Eine größere Rechenschaftspflicht gegenüber den Menschen.* Staatliche und private Akteure auf allen Ebenen, die über Einfluss auf die Ergebnisse der Globalisierung verfügen, müssen für die von ihnen ergriffenen Politiken und Maßnahmen demokratisch rechenschaftspflichtig sein. Sie müssen ihre Verpflichtungen erfüllen und ihre Macht respektvoll gegenüber anderen einsetzen.
- *Engere Partnerschaften.* Für die Verwirklichung globaler sozialer und wirtschaftlicher Ziele treten viele Akteure ein – internationale Organisationen, Regierungen und Parlamente, Unternehmen, Arbeitnehmer, die Zivilgesellschaft und viele andere. Dialog und Partnerschaft zwischen diesen Akteuren sind wesentliche demokratische Instrumente zur Schaffung einer besseren Welt.
- *Leistungsfähige Vereinte Nationen.* Ein stärkeres und leistungsfähiges multilaterales System ist ein grundlegendes Instrument zur Schaffung eines demokratischen, legitimen und kohärenten Rahmens für die Globalisierung.

Die Globalisierung und ihre Folgen

Die Globalisierung hat einen Prozess weitreichenden Wandels eingeleitet, der jeden betrifft. Durch neue, von offeneren Politiken gestützte Technologien ist eine Welt entstanden, die enger denn je verflochten ist. Dies bewirkt nicht nur eine wachsende Interdependenz im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen – Handel, Investitionen, Finanzen und die weltweite Organisation der Produktion –, sondern auch die soziale und politische Interaktion von Organisationen und Einzelpersonen in aller Welt.

Die möglichen positiven Auswirkungen sind immens. Die zunehmende Verbindung von Menschen in aller Welt führt zur Einsicht, dass wir alle Teil einer globalen Gemeinschaft sind. Dieses neu entstehende Gefühl der gegenseitigen Abhängigkeit, gemeinsamer universeller Werte und der Solidarität unter Menschen in aller Welt kann so gelenkt werden, dass im Interesse aller aufgeklärte und demokratische globale Ent-

scheidungsstrukturen entstehen. Die globale Marktwirtschaft verfügt nachweislich über eine grosse produktive Kapazität. Richtig gelenkt kann sie einen beispiellosen materiellen Fortschritt bewirken, produktivere und bessere Arbeitsplätze für alle schaffen und einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Armut in der Welt leisten.

Andererseits ist uns klar, wie weit wir noch von der Verwirklichung dieses Potentials entfernt sind. Der derzeitige Prozess der Globalisierung führt zu unausgewogenen Ergebnissen, innerhalb von Ländern ebenso wie zwischen ihnen. Zwar wird Reichtum geschaffen, aber zu viele Länder und Menschen können nicht davon profitieren. Ihnen stehen keine oder nur geringe Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung des Prozesses offen. Aus der Sicht der großen Mehrheit von Männern und Frauen hat die Globalisierung ihre bescheidenen legitimen Wünsche nach menschenwürdigen Arbeitsplätzen und einer besseren Zukunft für ihre Kinder nicht erfüllt. Viele leben im Niemandsland der informellen Wirtschaft ohne formelle Rechte in einer Reihe armer Länder, die am Rande der Weltwirtschaft ums nackte Überleben kämpfen. Und selbst in wirtschaftlich erfolgreichen Ländern leiden manche Arbeitskräfte und Gemeinschaften unter den negativen Auswirkungen der Globalisierung. Gleichzeitig stärkt die Revolution der globalen Kommunikation das Bewusstsein für diese Ungleichheiten.

Eine Strategie für den Wandel

Diese globalen Ungleichheiten sind moralisch unannehmbar und politisch unhaltbar. Zur Veränderung dieser Lage wird nicht die Verwirklichung utopischer Lösungsvorschläge auf einen Streich gefordert; vielmehr geht es um eine Reihe koordinierter Änderungen auf breiter Basis, von Reformen von Teilen des globalen Wirtschaftssystems bis hin zur Stärkung der Verwaltung auf lokaler Ebene. All dies sollte im Kontext offener Wirtschaften und offener Gesellschaften möglich sein. Trotz unterschiedlicher Interessenlagen reift nach unserer Überzeugung in der ganzen Welt die Erkenntnis, dass ein fairer und stärker auf soziale Inklusion ausgerichteter Globalisierungsprozess erforderlich ist.

Zur Verwirklichung dieses Ziels haben wir ein umfassendes Bündel von Empfehlungen erarbeitet. Ist der erforderliche politische Wille vorhanden, sind zu einigen Handels- und Finanzfragen unverzüglich Maßnahmen möglich, die Gegenstand langwieriger multilateraler Verhandlungen und Erörterungen in politischen Kreisen gewesen sind. Wie bei diesen Fragen vorzugehen ist, steht fest; doch fehlt es manchen Hauptakteuren noch an Einsicht in die dringende Notwendigkeit der Veränderung. Hier sind weiterhin ein entschiedenes Eintreten und eine sich stärker zu Wort meldende öffentliche Meinung erforderlich, um diese Vorschläge voranzutreiben. Ein Engagement zur Vorbereitung des Terrains zur Behandlung neuer Fragen ist ebenfalls wichtig. Allerdings ist die wichtigste Voraussetzung für den entsprechenden Handlungswillen in bezug auf diese neueren Fragen wie die Entwicklung eines multilateralen Rahmens für die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen oder die Rechenschaftspflicht internationaler Organisationen ein umfassender Dialog zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. So ist eine Konsensbildung und ein entschlossenes Vorgehen in bezug auf die Frage möglich, was, wie und durch wen etwas zu tun ist.

Der Ordnungsrahmen der Globalisierung

Unserer Ansicht nach sind die von uns ermittelten Probleme nicht auf die Globalisierung selbst, sondern auf Mängel des Ordnungsrahmens zurückzuführen. Die Weltmärkte sind rasch gewachsen, ohne dass parallel dazu die wirtschaftlichen und sozialen Institutionen aufgebaut wurden, die für ihre reibungslose und ausgewogene gerechte Funktionsweise erforderlich sind. Gleichzeitig bestehen Befürchtungen hinsichtlich der

Ungerechtigkeit der wichtigsten internationalen Regeln im Bereich von Handel und Finanzen und ihrer asymmetrischen Auswirkungen auf reiche und arme Länder.

Ein weiteres Problem ist das Versagen der gegenwärtigen internationalen Politik in bezug auf eine angemessene Reaktion auf die Herausforderungen der Globalisierung. Marktöffnungsmaßnahmen und finanzielle und wirtschaftliche Überlegungen haben Vorrang vor sozialen Aspekten. Die öffentliche Entwicklungshilfe bleibt weiter hinter den Mindestbeträgen zurück, die erforderlich sind, um die Entwicklungsziele des Millenniumsgipfels zu erreichen und die wachsenden globalen Probleme zu bewältigen. Das multilaterale System erfüllt bei der Konzeption und Implementation internationaler Politiken nicht die Erwartungen. Es fehlt ihm insgesamt an politischer Kohärenz, und es ist nicht ausreichend demokratisch legitimiert, transparent und rechenschaftspflichtig.

Gegenwärtige Regeln und Politiken sind das Ergebnis eines weitgehend von einflussreichen Ländern und Akteuren gestalteten Systems globaler Entscheidungsstrukturen. Dieses System ist im Kern durch ein erhebliches Demokratiedefizit gekennzeichnet. Die meisten Entwicklungsländer haben in globalen Verhandlungen über solche Regeln und bei der Festlegung der Politik der maßgeblich Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen noch immer nur sehr geringen Einfluss. Auch Arbeitnehmer und Arme haben bei der Gestaltung von Entscheidungsstrukturen nur geringe oder keine Mitsprachemöglichkeiten.

Ausgangspunkt: die nationale Ebene

Auf der globalen Ebene sind somit vielfältige Probleme zu bewältigen. Dies allein wird jedoch nicht ausreichen. Die Weltordnungspolitik ist kein erhabenes körperloses Gewölbe, sondern lediglich der Scheitelpunkt von Entscheidungsstrukturen, die von der lokalen Ebene nach oben führen. Das Verhalten der Nationalstaaten als globale Akteure ist der entscheidende Bestimmungsfaktor für die Qualität der Weltordnungspolitik. Diese hängt entscheidend davon ab, inwieweit die Staaten für Multilateralismus, universelle Werte und gemeinsame Ziele eintreten, der grenzüberschreitenden Wirkung ihrer Politiken gegenüber verpflichtet sind und der globalen Solidarität Gewicht beimessen. Wie sie ihre internen Angelegenheiten regeln, ist ausschlaggebend dafür, wie weit Menschen aus der Globalisierung Nutzen ziehen können und vor ihren negativen Auswirkungen geschützt sind. In dieser wichtigen Hinsicht kann festgestellt werden, dass die Antwort auf die Globalisierung auf der nationalen Ebene beginnt. Dies trägt der banalen, aber entscheidenden Tatsache Rechnung, dass Menschen in ihren Ländern verwurzelt sind.

Wir setzen daher mit unserer Analyse auf der nationalen Ebene an. Selbstverständlich maßen wir uns nicht konkrete Empfehlungen für alle sehr unterschiedlichen Länder der Welt an. Wir stellen vielmehr die allgemeinen Ziele und Grundsätze dar, die der Politik als Orientierungshilfe für einen effektiveren Umgang mit der sozialen Dimension der Globalisierung dienen können, weil wir davon ausgehen, dass deren Verwirklichung den Bedürfnissen und besonderen Verhältnissen eines jeden Landes Rechnung tragen muss. Aus dieser Perspektive steht fest, dass die nationalen Entscheidungsstrukturen in allen Ländern verbesserungsbedürftig sind, wenngleich in einigen Ländern radikaler als in anderen. Es besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, was dringend erforderlich ist:

- Gute politische Entscheidungsstrukturen auf der Grundlage eines demokratischen politischen Systems, Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit;
- ein effizienter Staat, der ein hohes und stabiles Wirtschaftswachstum gewährleistet, öffentliche Güter und sozialen Schutz bietet, die Fähigkeiten der Menschen durch einen allgemeinen Zugang zu Bildung und anderen sozialen Diensten verbessert und die Gleichstellung der Geschlechter fördert;

- eine lebendige Zivilgesellschaft, deren Entfaltungsmöglichkeiten auf der Vereinigungsfreiheit und der Freiheit der Meinungsäußerung beruhen, und die die ganze Vielfalt der Ansichten und Interessen widerspiegelt und zum Ausdruck bringt. Ferner sind Organisationen, die öffentliche Interessen, Arme und andere benachteiligte Gruppen vertreten, für die Gewährleistung einer partizipatorischen und sozial gerechten Staatsführung von entscheidender Bedeutung;
- starke repräsentative Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, da diese für einen fruchtbaren sozialen Dialog von entscheidender Bedeutung sind.

Höchste Priorität muss einer Politik eingeräumt werden, die dem zentralen Streben von Frauen und Männern nach menschenwürdiger Arbeit Rechnung trägt, die Produktivität der informellen Wirtschaft anhebt und sie in das allgemeine Wirtschaftsleben eingliedert und die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben und Volkswirtschaften stärkt.

Zentrales Anliegen der Politik muss sein, die Bedürfnisse der Menschen dort zu erfüllen, wo sie leben und arbeiten. Daher ist es wichtig, lokale Gemeinschaften durch eine Dezentralisierung von Befugnissen und Mitteln und eine Stärkung wirtschaftlicher Fähigkeiten auf lokaler Ebene und der kulturellen Identität sowie durch die Achtung der Rechte indigener Stämme und Bevölkerungsgruppen zu fördern.

Nationalstaaten sollten auch die regionale und subregionale Kooperation als bedeutendes Entwicklungsinstrument zugunsten einer stärkeren Mitsprache bei der Steuerung der Globalisierung verbessern. Sie sollten die soziale Dimension regionaler Integrationsprozesse stärken.

Reform auf der globalen Ebene

Für die globale Ebene möchten wir detailliertere Empfehlungen unterbreiten, von denen wir nachfolgend einige der wichtigsten erläutern.

Globale Regeln und Politiken im Bereich des Handels und der Finanzen müssen der politischen Autonomie von Entwicklungsländern mehr Raum zugestehen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von Politiken und institutionellen Vorkehrungen, die dem Entwicklungsstand und den besonderen Verhältnissen am besten Rechnung tragen. Bestehende Regeln, die den politischen Handlungsspielraum für eine Beschleunigung des landwirtschaftlichen Wachstums und der Industrialisierung und für die Sicherung der finanziellen und wirtschaftlichen Stabilität übermäßig einschränken, müssen überprüft werden. Neue Regeln müssen ebenfalls diesen Anforderungen Rechnung tragen. Wichtig ist ferner, dass internationale Organisationen und Geberländer deutlich Abstand nehmen von externer Einflussnahme und statt dessen die nationale Eigenverantwortlichkeit von Politiken stärker betonen. Fördermaßnahmen zugunsten von Ländern, die nicht über dieselben Fähigkeiten wie früher entwickelte Länder verfügen, sind zu stärken.

Faire Regeln für Handel und Kapitalströme müssen durch faire Regeln für die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen ergänzt werden. Der internationale Migrationsdruck hat zugenommen, und Probleme wie Menschenhandel und Ausbeutung von Wanderarbeitnehmern treten verschärft auf. Es müssen Schritte zum Aufbau eines multilateralen Rahmens eingeleitet werden, der einheitliche transparente Vorschriften für die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen bietet und ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der Migranten selbst und den Herkunfts- und Empfangsländern herstellt. Aus einem in geordneten Bahnen verlaufenden Prozess der internationalen Migration mit dem Potential, weltweit die Produktivität zu steigern und ausbeuterischen Praktiken ein Ende zu setzen, dürften alle Länder Nutzen ziehen.

Mit der starken Zunahme globaler Produktionssysteme werden neue Vorschriften für ausländische Direktinvestitionen und Wettbewerb erforderlich. Ein ausgewogenes und entwicklungsfreundliches multilaterales Rahmenwerk für ausländische Direktinvestitionen, das im Rahmen eines allgemein akzeptierten Forums zu vereinbaren ist,

dürfte allen Ländern durch Förderung direkter Investitionsströme von Nutzen sein, zugleich aber die Probleme des Subventionswettbewerbs eindämmen, die den sich aus diesen Strömen ergebenden Nutzen schmälern. Ein solcher Rahmen sollte einen Ausgleich zwischen den privaten, öffentlichen und Arbeitnehmerinteressen und ihren Rechten und Verantwortlichkeiten schaffen. Eine Kooperation im Bereich der grenzüberschreitenden Wettbewerbspolitik sollte zu einer größeren Transparenz und Wettbewerbsfähigkeit globaler Märkte führen.

Die von der IAO festgelegten Kernarbeitsnormen stellen einen Mindestsatz globaler Regeln für die Arbeit in der globalen Wirtschaft dar, und ihre Einhaltung sollte in allen Ländern verbessert werden. Um die Achtung dieser Kernarbeitsnormen in Ausfuhrfreizonen und allgemeiner in globalen Produktionssystemen zu gewährleisten, sind stärkere Maßnahmen erforderlich. Alle einschlägigen internationalen Institutionen sollten ihren Teil zur Förderung dieser Normen beitragen und sicherstellen, dass kein Element ihrer Politiken und Programme die Verwirklichung dieser Rechte behindert.

Das multilaterale Handelssystem sollte unfaire Handelsschranken beim Marktzugang für Produkte, bei denen Entwicklungsländer einen komparativen Vorteil besitzen, insbesondere Textilien, Kleidungsstücke und landwirtschaftliche Produkte, deutlich abbauen. Die Interessen der am wenigsten entwickelten Länder können durch eine besondere und unterschiedliche Behandlung zur Stärkung ihres Exportpotentials geschützt werden.

Ein Mindestmaß an Sozialer Sicherheit für die einzelnen und die Familien, einschließlich einer Anpassungshilfe für freigesetzte Arbeitnehmer, muss als sozioökonomischer Grundbestand der Weltwirtschaft anerkannt werden. Geber und Finanzinstitutionen sollten zur Stärkung der Systeme der Sozialen Sicherheit in Entwicklungsländern beitragen.

Ein erweiterter Marktzugang ist kein Allheilmittel. Von entscheidender Bedeutung ist eine ausgewogenere Strategie für ein nachhaltiges globales Wachstum und Vollbeschäftigung, einschließlich einer gleichmäßigeren Zuweisung von Verantwortlichkeiten unter den Ländern für einen kontinuierlich hohen Stand der effektiven Nachfrage in der Weltwirtschaft. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine bessere Koordination makroökonomischer Politiken unter den Ländern. Eine erfolgreiche Strategie für globales Wachstum wird wirtschaftliche Spannungen zwischen den Ländern abbauen und den Entwicklungsländern den Marktzugang erleichtern.

Menschenwürdige Arbeit für alle sollte zum globalen Ziel erklärt und durch kohärente Politiken innerhalb des multilateralen Systems angestrebt werden. So würde einer wichtigen politischen Forderung in allen Ländern entsprochen und die Fähigkeit des multilateralen Systems zur kreativen Lösung dieses kritischen Problems unter Beweis gestellt werden.

Das internationale Finanzsystem sollte stärker für die Unterstützung nachhaltigen globalen Wachstums nutzbar gemacht werden. Grenzüberschreitende Finanzströme haben zwar erheblich zugenommen, das System ist jedoch instabil, krisenanfällig und geht an armen und kapitalarmen Länder weitgehend vorbei. Gewinne aus Handel und ausländischen Direktinvestitionen können nicht vollständig realisiert werden, solange das internationale Finanzsystem nicht mit dem Ziel größerer Stabilität reformiert wird. In diesem Kontext sollten Entwicklungsländer das Recht haben, eine vorsichtige und schrittweise Strategie zur Kapitalverkehrsliberalisierung und eine sozialverträgliche zeitliche Abfolge von Krisenanpassungsmaßnahmen zu wählen.

Größere Anstrengungen sind erforderlich, um auf internationaler Ebene mehr Ressourcen zum Erreichen der wichtigsten globalen Ziele, insbesondere der Entwicklungsziele des Millenniumsgipfels, zu mobilisieren. Die Zielvorgabe von 0,7 Prozent für öffentliche Entwicklungshilfe muss erreicht und Quellen zur Finanzierung höher gesteckter Ziele sollten aktiv ermittelt und erschlossen werden.

Die Durchführung von Reformen im Bereich der internationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik verlangt die weltweite politische Unterstützung, das Engagement der

wichtigsten globalen Akteure und die Stärkung globaler Institutionen. Das multilaterale System der UN-Organisationen bildet das zentrale Element der Weltordnungspolitik und verfügt über einzigartige Voraussetzungen zur Übernahme einer führenden Rolle im Reformprozess. Zur Bewältigung der derzeitigen und künftigen Herausforderungen der Globalisierung muss es seine Wirksamkeit und seine Leitungsstrukturen, insbesondere in bezug auf demokratische Repräsentation und Beschlussfassung, und seine Rechenschaftspflicht gegenüber den Menschen und grundsatzpolitische Kohärenz verbessern.

Wir rufen alle Industrieländer auf, ihren Beschluss, bei ihren Pflichtbeiträgen zum UN-System auf nominalem Nullwachstum zu bestehen, zu überprüfen. Entscheidend ist, dass sich die internationale Gemeinschaft darauf verständigt, ihre finanziellen Beiträge zum multilateralen System zu erhöhen und die Tendenz zur Zunahme freiwilliger Beiträge zu Lasten von Pflichtbeiträgen umzukehren.

Staats- und Regierungschefs sollten sicherstellen, dass die von ihren Ländern in internationalen Foren verfolgten Politiken kohärent und vorrangig auf das Wohl der Menschen ausgerichtet sind.

Die parlamentarische Überwachung des multilateralen Systems auf globaler Ebene sollte schrittweise ausgeweitet werden. Wir schlagen die Einsetzung einer Parlamentarischen Gruppe vor, die sich mit dem Zusammenhang und der Stringenz globaler Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitiken befassen und einen integrierten Mechanismus zur Aufsicht über die wichtigsten internationalen Organisationen entwickeln soll.

Eine entscheidende Forderung an eine bessere Weltordnungspolitik besteht darin, dass alle Organisationen, darunter die UN-Organisationen, der allgemeinen Öffentlichkeit gegenüber für die von ihnen verfolgten Politiken stärker rechenschaftspflichtig sein sollten. Nationale Parlamente sollten durch eine regelmäßige Überprüfung der von den Vertretern ihres Landes in diesen Organisationen getroffenen Beschlüsse zu diesem Prozess beitragen.

Entwicklungsländer sollten verstärkt in Beschlussorganen der Bretton-Woods-Institutionen vertreten sein, und die Arbeitsmethoden der Welthandelsorganisation (WTO) sollten ihre uneingeschränkte effektive Teilnahme an Verhandlungen vorsehen.

Nichtstaatlichen Akteuren, insbesondere repräsentativen Organisationen armer Menschen, sollte mehr Mitsprache eingeräumt werden.

Verstärkt werden sollten die Beiträge von Unternehmen, Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft und von Wissens- und Interessenvertretungsnetzwerken zur sozialen Dimension der Globalisierung.

Bei der Förderung des Übergangs zu einer faireren und stärker auf soziale Inklusion ausgerichteten Globalisierung können verantwortungsbewusste Medien eine wichtige Rolle spielen. Zur Unterstützung des Wandels ist es von entscheidender Bedeutung, dass die öffentliche Meinung über die in diesem Bericht angesprochenen Fragen gut informiert ist. Bei allen Maßnahmen muss daher die Bedeutung der Vielfalt der Informations- und Kommunikationsflüsse hervorgehoben werden.

Wandel gestalten

Wir sind überzeugt, dass ein umfassender Dialog über unsere Empfehlungen, insbesondere über die derzeit nicht im Rahmen der globalen Agenda verhandelten Punkte, ein notwendiger erster Schritt zur Gestaltung des Wandels ist. Um die Grundlagen für den erforderlichen Konsens und politischen Willen zu schaffen, ist es äußerst wichtig, dass ein solcher Dialog auf der nationalen Ebene seinen Ausgangspunkt nimmt.

Gleichzeitig muss das multilaterale System beim Anstoß von Reformen auf der globalen Ebene eine zentrale Rolle übernehmen. Wir schlagen ein neues operatives Instrument zur Verbesserung der grundsatzpolitischen Koordination zwischen internationalen Organisationen in bezug auf Fragen vor, bei denen eine Überschneidung ihrer

Aufgabenfelder vorliegt und es zu einer Interaktion von Politiken kommt. In den zuständigen internationalen Organisationen sollten Initiativen für grundsatzpolitische Kohärenz ergriffen werden, um ausgewogenere Politiken für eine faire und auf soziale Inklusion ausgerichtete Globalisierung zu entwickeln. Ziel wäre die schrittweise Entwicklung integrierter grundsatzpolitischer Vorschläge, die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbelange in bezug auf bestimmte Fragen in ausgewogener Weise behandeln. Im Rahmen der ersten Initiative, an der die einschlägigen UN-Gremien, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF), die WTO und die IAO mitzuwirken hätten, sollte die Frage des globalen Wachstums, der Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen behandelt werden. Zu den vorrangigen Bereichen für weitere solche Initiativen gehören die Gleichstellung der Geschlechter und die Befähigung zur Selbstbestimmung der Frau, Bildung, Gesundheit, Nahrungsmittelsicherheit und das Wohn- und Siedlungswesen.

Zur weiteren Prüfung und Entwicklung wichtiger grundsatzpolitischer Vorschläge, z.B. eines multilateralen Rahmens für die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen, eines entwicklungspolitischen Rahmens für ausländische Direktinvestitionen, der Stärkung des sozialen Schutzes in der globalen Wirtschaft und neuer Formen der Rechenschaftspflicht internationaler Organisationen, sollten die zuständigen internationalen Organisationen auch eine Reihe von Diskussionsrunden mit den verschiedenen interessierten Kreisen über die Entwicklung von Grundsatzpolitiken veranstalten.

Zur regelmäßigen systematischen Prüfung der sozialen Auswirkungen der Globalisierung sollten die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen ein Forum über Globalisierungspolitik veranstalten. Die teilnehmenden Organisationen könnten regelmäßig einen „Bericht über den Stand der Globalisierung“ herausgeben.

In unseren Vorschlägen wird eine umfassendere und demokratischere Mitwirkung von Menschen und Ländern an der Gestaltung der sie betreffenden Politiken gefordert. Darüber hinaus rufen wir alle, die über Entscheidungsmöglichkeiten und -befugnisse verfügen – Regierungen, Parlamente, die Wirtschaft, Arbeitnehmer, die Zivilgesellschaft und internationale Organisationen – dazu auf, ihrer gemeinsamen Verantwortung zur Förderung einer freien, gerechten und produktiven globalen Gemeinschaft gerecht zu werden.